

Interview mit Dr. Babette Scurell

Gesprächspartner: Gerard Minnaard und Eva Neuls

Gerard: Ich würde Ihnen gerne ein paar Zeilen aus einem Lied vorlesen, das ein Regisseur hier aus dem Landkreis verfasst hat. Können Sie darauf reagieren?

Es lebe die Schwundregion von Thomas Matschoß (...) Und dieses ganze blöde Wachstumsgerede macht mich müde, macht mich ziemlich leer, ist ein Riese nicht irgendwann mal ausgewachsen? und warum will ein Fettsack eigentlich immer fetter werden? Startet endlich die Anti-Wachstumsregion. Hey, hey, hey – es lebe die Schwundregion!

B.S.: Dieses Thema war bei uns ein Aufhänger und für die Stiftung Bauhaus Dessau ganz gewiss. Für mich war es auch die Chance zu sagen, es wächst nicht alles und muss auch nicht alles wachsen. Mit solch einem Motto Ansätze zu finden, Leben im Raum zu organisieren ohne Wachstum, ist nicht durchweg die Idee der IBA. Die haben sich mit raumgestalterischen Fragen des Wenigerwerdens von Personen auseinander setzen wollen. Für mich ist das übrigens kein demografisches Problem, sondern ein sozioökonomisches. Weniger zu sein, ist ja nicht per se eine Qualität. Die Frage ist, welche sozioökonomischen Hintergründe hat dieses weniger werden? Wir sind Ostdeutschland weniger geworden aufgrund der Veränderung des sozioökonomischen Systems. Alle sind der Arbeit nachgezogen. Warum müssen eigentlich alle der Arbeit nachziehen? Man hätte seit 1995 verbieten können, neue Gewerbegebiete in Süddeutschland, rund um Hamburg und bei München auszuweisen. In anderen Orten gibt es genug Gewerbefläche, siedelt euch doch da an. Genügend qualifizierte Arbeitskräfte gibt es! Es geht ja nicht um irgendwelches Wachstum, sondern um Konzentration und Akkumulation von Kapital. Deshalb empfand ich es als Chance, dass man nochmal anders über das Thema reden kann. Im Raum Stuttgart redet ja auch keiner über Daseinsvorsorge. Wenn man die Chance des weniger Bevölkerungswerdens dazu nutzen kann, über Daseinsvorsorge als Wertschöpfung und über Wertschöpfung als Qualität zu diskutieren, dann ist mir das sehr recht. - Ich hätte mich wahrscheinlich nicht so drastisch ausgedrückt wie der Autor dieses Liedes.

G.M.: Das ist ja auch die Rolle der Kultur, Sachen zuzuspitzen. Sie benutzen den Begriff positives Wachstum nicht anders gewendet. Man könnte auch sagen, ich möchte Wachstum an Gemeinschaft, Wachstum an Arbeit.

Nein, für mich gibt es kein nachhaltiges Wachstum. Wachstum ist so eindeutig besetzt als Wachstum des Bruttosozialprodukts. Vandana Shiva hat gesagt, man muss bestimmte Begriffe verteidigen, das tue ich bei Nachhaltigkeit gern, aber im Zusammenhang mit Wachstum Wendegeschichte zu diskutieren, finde ich schwierig.

G.M.: Meinen Sie nicht, dass die Angst vor weniger, vor Schwund größer ist? Das ist hier bei einigen Menschen zu merken. „Bloß nicht, bloß nicht - wir schrumpfen nicht.“

B.S.: Aus unseren ostdeutschen Erfahrungen kann ich sagen, das wird sich verlieren. Das war bei uns auch so. Am lustigsten fand ich immer die Bürgermeister, die dann meinten, das könne man den Bürgern doch so nicht sagen. Bitte? Die wissen doch auch, wo ihre Kinder und die Nachbarskinder bleiben. Die sehen doch jeden Sonnabend den Möbelwagen, die wissen doch mehr. Ja, es gibt diese Angst. Aber ich bin eher dafür, diese Angstlichen zu beruhigen, als einfach so mit Wörtern zu spielen. Es gibt ja längst Überlebensstrategien. Es hat kein qualitatives Wachstum in der ganz Ökonomie gegeben.

G.M.: Können Sie dann einige Strategien benennen, die für Entwicklung wichtig sind? Was Sie unter positiver Entwicklung verstehen?

B.S.: Gemeinschaftlichkeit und Erhalt der Reproduktionsfähigkeit der Ökosysteme. Erleichterungen sind schon gut. Aber ist es nicht besser, die Straße doch mit dem Besen zu kehren, als den ganzen Tag mit Pustemaschine und Ohrschutz zu arbeiten und dann abends ins Fitnesscenter zu gehen? Arbeit ist Anstrengung und der Mensch lebt nur, indem er Natur bearbeitet. Diese Diskussion über die notwendigen Arbeiten und die Freiheit und das Spiel, die würde ich gerne wieder anregen. Für mich ist Gerechtigkeit in der Verteilung der Arbeiten bedeutender, als der Fortschrittsaspekt. Demokratie ist für mich ein Fortschrittspunkt, Akzeptanz des Fremden. Ich glaube, wir hätten da unendlich viel zu entwickeln in unserer Kultur des Zusammenlebens und auch im Zusammenleben mit der Natur.

G.M.: Was würden Sie sagen, wenn dann ein Bürgermeister zu Ihnen sagt, Sie sind eine Romantikerin?

B.S.: Das ist ja nicht das Schlimmste, versuche es doch mal. Was ist denn die Alternative? Hochverschuldete Kommunen, die pausenlos erklären müssen, was sie alles nicht mehr können? Selbst die Feuerwehren sind in Gefahr. – Da

geht es nicht nur darum, dass die Feuerwehr nicht mehr zusammenkommt, weil die Männer die ganze Woche über pendeln. Sie können zum Teil auch den Anforderungen gar nicht mehr gerecht werden. Es ist Zeit, die Realitäten anzuerkennen. Es gibt Dinge, die können wir gut allein und es gibt eine staatliche Verantwortung für bestimmte Gerechtigkeitsmaßnahmen – auch im Ausgleich, wenn man so will. Wir müssen nicht so tun, als gebe es den Versorgerstaat. Den brauchen wir auch gar nicht, wir brauchen einen Staat der mehr Gerechtigkeit und mehr Schutz der natürlichen Voraussetzungen garantiert.

G.M.: Das heißt, Ihre Hoffnung ist, dass sich die zivile Gesellschaft weiterentwickelt und mehr selbst in die Hand nimmt?

B.S.: Ja, neu organisiert. Es ist ja so ein Hype um Elinor Ostrom und den Commons [ist der englische Begriff für Allmende und hat sich in der deutschen Diskussion nun auch eingebürgert, insbesondere weil eine wichtige Quelle die „Open Source“-Entwicklung in der Computerwelt war. Da kam dann das englische Wort zu Ehren. Das hat auch zur Folge, dass sich viele nur geteilte Daten, aber schlecht geteilte und gepflegte Räume und Gegenstände vorstellen können.] Ich finde es nicht immer glücklich, was Silke Helfrich da interpretiert und wie ihre Position als die von Elinor Ostrom rezipiert wird, aber dass man auf Allmende-Güter und Gemeingut und solche Sachen schaut, da ich fand die Anmerkung des Landtagsabgeordneten Hilmer gestern Abend sehr gut. Ganz oft wird es doch auch so gemacht: Wenn der eine erst mal auf seinen Rasenmäher sitzt, dann ist es doch egal, ob er bei Oma Meyer auch gleich die Runde fährt. Es ist ja nicht so, dass die Menschen nicht so wären. Klar gibt es immer Stänkerer, aber eigentlich ist es doch normaler, sich gegenseitig zu helfen. Natürlich fragt man die Nachbarin, ob man mal ein Ei haben kann. Das kann man doch ausdehnen.

G.M.: Sie setzen nicht so stark auf den Staat. Warum nicht?

B.S.: Für mich ist der Staat eher eine Art Rahmen. Ich wünschte mir ein ausgeglicheneres Verhältnis zu einer lokalen Demokratie und zu einer repräsentativen. Das hat etwas mit Detailkenntnis zu tun: Was kann denn die staatliche Ebene über die unterschiedlichen und vielfältigen Situationen der Orte wissen? Mich ärgert das Gerede über kommunale Selbstverwaltung, die die Kommunen ja gar nicht mehr ausfüllen können. Also jemandem Verantwortung zu übergeben, aber nicht die Mittel, diese Verantwortung wahrzunehmen. Das ist kein gutes staatliches Handeln. Die Verwaltungsjuristin und Richterin am

Bundesgerichtshof, Susanne Baer, hat ihre Habilitation geschrieben über Bürger und Verwaltungshandeln. Sie schreibt darüber, welche Bilder es vom Bürger gibt und darüber, was daraus für Regulierungen und Gesetzesvorschriften resultieren. Sie macht sich auf die Spurensuche nach dem aktivierenden Staat. Führt zwischen Unmengen Paragraphen-Zitaten Beispiele an, wo sie das schon findet. Wo Entscheidungsspielraum von Verwaltungsbeamten schon genutzt wird, wo so etwas wie „Standardflexibilisierungsklauseln“ eine Rolle spielen können und sagt, man muss das Rechtssystem der Rechtspraxis anpassen. Das war übrigens bei der IBA Sachsen-Anhalt auch so, wir haben wunderbare Verwaltungsmitarbeiter gehabt! Was soll dieses gebetsmühlenartige Reden einiger Minister von Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse? Ich weiß ich doch, wenn ich aufs Land ziehe, dass das nächste Krankenhaus 30 Minuten entfernt ist. Wenn mein Herzinfarktrisiko mit dem Alter steigt, kann ich mir doch immer noch überlegen, ob ich in die Nähe einer Uniklinik ziehe oder das Risiko in Kauf nehme. Politiker sollen uns nicht pausenlos bevormunden. Ich kann doch frei entscheiden! Immer dieses „Uns vor uns selber beschützen“, diese Versicherungsmentalität, die an diesem Staatsdiskurs hängt.

G.M.: Für mich eine wichtige Frage, deshalb habe ich auch die Textstelle vorgelesen. Spielt die Kultur in Ihrer Vorstellung eine wichtige Rolle?

B.S.: Kultur ja! Bei Kunst differenziere ich – es gibt zu viel Egozentrik und „Kunstgemache“, das ist mir suspekt. Natürlich gibt es Künstler, die aufs Land gezogen sind und großartige Impulse gegeben und viel geleistet haben. Ich schaue aber schon erst nach Schaumschlägerei. Kunst ist natürlich immer ein Anlass zum Austausch und beeinflusst so die Kultur. Der Künstler, der Freiheit als Arbeitsgrundlage hat, kann natürlich viel einfacher zu Spiel und Freiheit im Denken aufrufen und Regeln brechen. Aus meiner Sicht ist es aber auch eine Frage des Selbstzwecks und Auskommens.

G.M.: Sie hätten schon gerne eine gute Verbindung zwischen Kunst und Gesellschaft? So wie in Aschersleben mit den Bildern an den Leerstellen.

B.S.: Ja, es gibt auch viele gute Kunstprojekte – zum Beispiel auch in Perleberg. Aber ich glaube nicht daran, wenn irgendwo Kunst hinkommt, ändert sich die Kultur und die Entwicklung, beginnt mit einer höheren Wertebasierung. Das ist kein Automatismus.

G.M.: Insofern ist der Rasenmäher genauso wichtig wie der Künstler ...?

B.S.: Ja.

E.N.: Vieles hängt von der Beteiligung der Bürger ab. Wie haben es die Projekte, die Sie mitbetreuen, geschafft, die Bürger mitzunehmen?

B.S.: Da ist auch immer ein bisschen Illusion in den Bildern, die ich gestern gezeigt habe. Für den Naumburger Stadtspaziergang brauchte ich genau acht Leute – von 28.000 – die aktiv wurden und ihren Mitbürgern ihre Wohnungen in der Altstadt zeigten. Oder die Akteure, die den Lutherspaziergang vorbereiten – vielleicht 10 oder 15. Für die Leute vor Ort ist es eine Abwechslung wie beim Jahrmarkt, und sie kommen dann auch mit. Also ich glaube, man darf sich nicht vorstellen, dass Bürgerbeteiligung immer bedeutet, dass 80 Prozent eines Dorfes, einer Stadt dabei sind. Es ist die Frage, ob man Akteure findet, die kontinuierlich aktiv bleiben! Findet man die Themen, mit denen man Menschen tatsächlich in Gespräche verwickelt und hat man die Kraft zur Kontinuität. In Dessau gab es ein ausgezeichnetes Stadtentwicklungskonzept. Sie haben seit 2000 an den Themen gesessen und dann ab 2003/2004 Aktionen umgesetzt, wie zum Beispiel „Die lange Nacht des Stadtumbaus“. Da wurde in den Abendstunden auf den Bau- und Abrissstellen rumgeklettert und erläutert, was hier gemacht wird, was entstehen soll: Es kommen immer Leute und reden darüber. Oder wenn ein Betrieb abgerissen wird, wurde eingeladen, Abschied zu nehmen: Und dann stehen die Menschen in Grüppchen zusammen und haben wieder einen Anlass, miteinander zu reden. Manche haben sich Jahre nicht mehr gesehen oder gesprochen. Es sind die Anlässe des Gesprächs, die die Chance geben, etwas zu entwickeln! Bei der Umsetzung der urbanen Farm zum Beispiel: Als die Ziegen auf die Weide kamen, kamen die Leute aus den Häusern. Der eine aus Aufgang C, der andere aus D – die reden sonst nie miteinander und auf einmal treffen sie sich an der Ziegenwiese und fangen an, wieder miteinander zu sprechen.

Wir haben mit der Vorsorgementalität so viel abgeschafft. Ich glaube, dass die Bürgerbeteiligung erst mal klein anfängt und davon abhängt, wie lange man sie durchhält. Nicht aufgeben! Kommen nur drei, dann sind die drei wichtig. Dann nochmal einladen und weiter diskutieren.

Und dann gibt es natürlich gute, erprobte Formen. Dieses Community Organizing halte ich wirklich für eine gute Geschichte. Hier damit begonnen zu fragen, was wollen wir denn bearbeiten? Welche Fragen nehmen wir uns vor, und halten sie für so wichtig, dass wir sie gemeinsam angehen? Es geht nicht darum, einfach nur einen Plan auslegen, sondern auch eine Expertise zur Verfügung zu stellen. Die Bürger ernst zu nehmen.

Das sind für mich die Ansätze: Erst mal zu schauen, etwas richtig zu machen, als hinterher die Fehler zu bezahlen. Klar, man braucht jemanden der Community Organizing auch ausführen kann. Das ist ein ausgebildeter Mensch, der kostet eben Geld. Es müssen Versammlungsorte zur Verfügung gestellt werden, kleinteilig. Die Diskussion muss da stattfinden, wo es um das Thema geht. Ich kann nicht jeden fragen, was er dort gerne haben möchte. Und es muss klar werden, ihr übernehmt jetzt Verantwortung! Die Maßnahmen die ihr vorschlagt, sind dann wichtig. Dabei ist nicht garantiert, dass alles umgesetzt wird – es sei denn, dass ihr euch auch um die Umsetzung kümmert. Die Ernsthaftigkeit ist ein wichtiger Punkt, ein Schlüssel in der Bürgerbeteiligung. Man braucht wirklich Leute, die Durchhalten können.

E.N.: Vorher gut überlegen, was gemacht wird, damit man hinterher nicht viel Geld ausgeben muss, um es wieder auszubügeln. Da stellt sich die Frage, sind die Förderprogramme für die Prozesse wirklich so zuträglich oder führen sie nicht eher dazu, dass Dinge unüberlegt gemacht werden, damit man die Gelder abgreift?

B.S.: Ganz gewiss. Man hätte in Dessau zum Beispiel die Brücke auch reparieren könne, dafür gab es keine Fördermittel, für den Neubau hingegen schon. Jetzt haben wir da so ein „ChicagoDing“ stehen, dass über unsere Eisenbahn führt ... Ja, in dem Sinne ist das mit den Fördermitteln schwierig. Das hat aber damit zu tun, dass der Staat versucht, Gerechtigkeit und Chancengleichheit in seinen Förderprogrammen aufrechtzuerhalten und trotzdem natürlich zielgerichtet fördern will. Da wäre ein Dialog hilfreich oder offenere Förderprogramme. Ich bin für Förderprogramme, bei denen der Bewerber selbst die Kriterien zum Messen des Erfolgs festlegt, seine Evaluation mitliefert. Also: Ich bewerbe mich um diese Gelder, weil ich das und das vorhabe und ich bin erfolgreich, wenn das und das daraus resultiert. Und daran lasse ich mich messen.

Wenn man Dinge über Community Organizing oder gemeindliche Zukunftswerkstätten macht, dann muss klar sein: Wir entscheiden jetzt was wir wollen. Dann schauen wir, welche Ressourcen wir haben, das zu machen. Und dann guckt man auch, gibt es dazu passende Fördermittel. Gibt es die nicht, dann macht man nicht, was die Fördermittel wollen, sondern dass, was man beschlossen hat

zu machen. Und ich habe mittlerweile auch den Eindruck, dass es Kommunen gibt, die das so machen. In Bitterfeld habe ich mich mit dem Kreisentwickler ausgetauscht, der hat mir gesagt „ich habe im letzten Jahr 80.000 Euro zurückgegeben. Ich habe das nicht gemacht, was die da wollten, das wäre so

schwierig gewesen.“ Es ist ja so, in Sachsen-Anhalt war das die Klage darüber, das EUFördermittel abfließen massiv, und das hängt genau damit zusammen. Es gibt inzwischen doch mehr und mehr Aktionsgruppen, die sagen: Ich will aber DAS machen und wenn ihr das nicht fördert, dann muss ich woanders gucken, woher ich das Geld bekomme.

G.M.: In der Geschichte der IBA hat es doch auch einen Bruch gegeben, mit der Vorstellung der IBA bis dahin. Das Konzept ist bemerkenswert: Weniger ist Zukunft. Da es gelungen ist, das ernst zu nehmen - wird es weiterhin aufgegriffen.

B.S.: Mit der IBA ist es so eine Geschichte. Ich glaube, die Brüche im Charakter der IBA waren früher: Schon bei der zweiten Berliner IBA. Diese Hinwendung zur behutsamen Regeneration von Stadtteilen war glaube ich der Bruch. Bis dahin war es eindeutig Wachstum, Fortschritt, neue Architektur, modernes Bauen. Bei der behutsamen Stadterneuerung beginnt der Bruch. Die IBA „Emscher Park“ ist in der gleichen Position und bemühte sich um die Nachnutzung und Umgestaltung einer ganzen altindustriellen Region. Dieses explizite Nichtwachsen ist bei uns schon neu gewesen, wobei man sagen muss, wir sind 2002 tatsächlich gestartet mit der Vorstudie der IBA „Less is more“. Der Problemdruck war so groß, die Politik musste einfach. Insofern war der Bruch diese IBA so zu machen nicht mehr so groß. Aber tatsächlich dieses Thema „Nicht zu wachsen“ aufzugreifen, das schon.

G.M.: Für uns war das gestern auch ein Grundsatzbeitrag: In welche Richtung wollen wir eigentlich? Dazu braucht man natürlich auch Schneisen, die versuchen, die Richtung anzudeuten. Für uns als ALENA war das gestern, würde ich sagen, inhaltlich auch ein wichtiger Meilenstein.

B.S.: Das Schwierige ist natürlich, dass man eine Richtung braucht. Wir haben aber auch immer bei der nachhaltigen regionalen Entwicklung gesagt, dass es wichtig ist, reversibel zu bleiben. Immer wieder zu gucken: vorwärts und rückwärts? Ist das noch der richtige Weg? Wollten wir das das? Ist das noch so, wie wir das wollten?

G.M.: Das eine ist der Weg, das andere ist die Orientierung. Ich finde es gut, zu wissen, dass man auch gewisse Visionen braucht.

B.S.: Der Weg entsteht beim Gehen, da ist schon viel dran. Was mich zunehmend begeistert ist, dass man auf so viele Verbündete und

Gleichgesinnte stößt. Es gibt viele Gruppe wie ALENA, die sich Gedanken machen und deren Austausch man herstellen müsste.

E.N.: Gestern Abend haben Sie gesagt, dass es sinnvoll wäre, die Baugebiete an den Orts- und Stadtrandlagen zurückzunehmen. Das fand ich eine sehr spannende Forderung.

B.S.: Das ist ganz schwer. Wo einmal Baurecht ausgesprochen ist, hat man nämlich ein Investitionsrecht. Das führte in Dessau zu einer wirklichen Stilblüte: Ein ausgewiesenes Neubaugebiet aus den 1990er Jahren, unmittelbar unter dem Deich an der Elbe. Straße gebaut, Lampenpfosten, drei Einfamilienhäuser und zwei angefangene Zeilen. Dann kam 2002 das Hochwasser, dann war erst mal Ruhe – nach dem Hochwasser war in den Köpfen, vielleicht nehmen wir das wieder weg. Aber dann wurde der Deich erhöht. Auf der anderen Straßenseite liegt hinter dem gleichen Deich die Kläranlage, dann wäre uns die Elbe in die Kläranlage geflossen. 2013 las ich irgendwann, dass die Bautätigkeit wieder aufgenommen wird und dann kam das Hochwasser. In meiner Gymnastikgruppe erzählte eine Dame, dass ihre Freundin dort gebaut hat und ganz aufgelöst wäre. – Ja, warum baut sie denn dort? Die war 2002 wohl noch nicht in Dessau?

Wer baut denn dort? Die haben aber das Baurecht auch nicht zurückgenommen. Der blanke Wahnsinn! Gerade was die Flüsse anbelangt, da wäre ich radikal. Alles was nach 1960 in die Flussauen gebaut wurde, würde ich konsequent zurücknehmen. Wir machen uns tot, wenn wir diese Flüsse kaputt machen. Diese unglaublichen Schäden der Hochwasser! Das erste, was man nach dem Hochwasser 2002 hätte machen müssen, wäre die Aufforstung des Erzgebirges gewesen. Das ist die eigentliche Hochwasserschutzmaßnahme – aber die Deiche werden höher gebaut. Ja, wir machen ein paar Retentionsflächen. Aber Baurecht wieder aufzuheben ... schwierig.

E.N.: Wenn ich die Baugebiete hier so betrachte, Ortsrandlage, Inseln für sich – sie sind oft isoliert. Eine Vermischung zu den langjährigen Einwohnern/Einheimischen findet nur bedingt statt. Werden die Dörfer aus Ihrer Sicht dadurch entfremdet?

B.S.: Die Vermischung findet nicht statt. Und man muss davon ausgehen, dass solche neu ausgewiesenen Gebiete etwa von 30 bis 35-Jährigen besiedelt werden und zwar in einer homogenen Altersstruktur. Die werden alle gleichzeitig 60, 65 Jahre – und die Kinder wollen diese Häuser in der Regel nicht haben. Das ist das nächste Problem. Die Bausiedlungen der 50 bis 60er Jahren machen heute Probleme, weil die Bauqualität den heutigen Anforderungen

überhaupt nicht mehr entspricht. Da kann man energetisch auch gar nicht mehr ertüchtigen, was da für Material verbaut wurde. Und auch hier: Die Kindergeneration will diese Hütten nicht mehr. Es gibt Gemeinden, die gerade dabei sind zu überlegen, wie man das Umwandeln kann. Es ist ja bebauter Land. Jetzt Angebote zu machen, mehrere Grundstücke zusammenzulegen, Baugruppen zu bilden, damit sie wieder für jüngere Familie interessant werden – das ist total schwierig. In Tungendorf haben sie versucht, sinnvolle Übergangslösungen zu finden. Man hat ja nicht gleich sechs neben einander liegende Grundstücke. Wie fängt man an, diese Ortsgebiete wieder zu entwickeln? Das ist glaube ich für Westdeutschland, für Westeuropa ein großes Thema. In Ostdeutschland bekommen wir das erst verspätet, weil es diese großen Baugebietszuweisungen erst 1993/94 gab.

Da stellt sich die Frage, wenn in den Dörfern Höfe und Gebäude leerstehen, warum dann Neubaugebiete ausweisen? Eigentlich müsste man Planungsbüros gewinnen, interessante Umbauvorschläge zu machen. Ein Beispiel: Eine junge Familie will bauen. Sie schauen, wo ein Baugebiet ist. Eigentlich müssten sie zum Bauamt gehen und an eine Beratung verwiesen werden, wie man einen Bauplatz oder ein Gebäude in der Gemeinde zu etwa gleichen Kosten ihren Bedürfnissen anpasst. Man kann da unheimlich viel machen. Es gibt mittlerweile viele Planungsbüros und Architekten die das können, auch finanziell. In Naumburg hat das sehr gut geklappt. Es war sehr gut vorbereitet, es lag eine sehr genaue Analyse der Bausubstanz vor. Es gab Ideenskizzen, wie man es machen könnte – je nachdem, ob man mit drei Kindern einzieht oder alleine. Das hilft. Das ist eine Vorarbeit, die man machen könnte. Auch, um dann mit den Gemeinderäten in die Diskussion zu gehen, eine Entwidmung des Baurechts zu kriegen, in dem man sagt: Es ist so und soviel Platz für Familien vorhanden, aber die können wir auch hier und hier und hier in der Gemeinde ansiedeln, das sähe so und so aus. Das wäre vielleicht auch mal eine Idee, eine Studentenarbeit dazu anzuregen.

G.M.: Es wird oft gesagt die Innenstadt ist tot.

B.S.: Das sehe ich nicht so. Es ist die Frage, will ich das? Wenn ich das nicht will, ist es auch nicht so.

E.N.: Haben Sie Ansätze wie man Schulstandorte vernünftig erhält oder zusammenführt?

B.S.: Reden. Es geht nur über miteinander reden. Wir haben an der Hochschule Anhalt ein Büro,

das hat geografische Informationssysteme mit Daten für Schulwegplanung gefüttert. In Wittenberg haben sie das sehr umfangreich gemacht. Wenn ein Kind geboren wird, geht es in diese Datenbank und ich weiß, in sechs Jahren braucht es einen Schulplatz. Da ist zwar sehr aufwendig, ich kann dadurch aber relativ langfristig sehen, was geht. Auf dieser Basis kann man miteinander sprechen und verhandeln, auch über Gemeindegrenzen hinaus. Wo ist es sinnvoll, die Kinder zur Schule zu schicken. G.M.: Würden Sie sagen, wenn es zu viele kleine Schulen gibt, ist weniger doch mehr – schließen wir lieber zwei, drei kleine Schulen.

B.S.: Also bei den Grundschulen würde ich schon sagen, „Zwergenschulen“ sollten so lange wie möglich erhalten werden: Es macht doch nichts, die erste und zweite Klasse zusammen zu unterrichten und die dritte und vierte Klasse. Wenn man sich tatsächlich einbildet, ein Deutschlehrer kann nicht Musik unterrichten, dann lässt man eben den Musiklehrer reisen. Ich glaube, in der Grundschule sollte man so lange wie möglich kleine Schulen erhalten. Schwieriger ist es für die höheren Schulen, die Sekundarschulen und Gymnasien, weil man dann die Vielfalt und die Kursangebote nicht aufrechterhalten kann. In Finnland gibt es Konzepte in denen nicht die Schüler, sondern die Lehrer fahren. Das bedeutet Fachunterricht ist Blockunterricht. Sich solche Sachen anzuschauen, lohnt sich. Eine starke Vernetzung von Volkshochschule und Schulen, Vereinen und Schulen. Mischsysteme finden – 12-Jährige können auch mal eine Woche in einem anderen Ort zur Schule gehen und sind dann am Wochenende wieder zu Hause. Gesamtschulkonzepte finden – man kann es auch nicht immer an der Zahl fest machen, wir müssen schauen. Eine Schule ist ein öffentlicher Raum, den man nutzen kann, wenn man kein Dorfgemeinschaftshaus mehr hat. Schule ist ja viel mehr, als nur ein Ort, wo Kinder lernen !

Vielen Dank für das Gespräch !